



taz nrw-Rettungskampagne gescheitert: Krehl kommentiert

Alles nur Show?

1

Für JournalistInnen scheint NRW kein gutes Pflaster zu sein. Alle Nase lang werden Redaktionen geschlossen. Gerade erst haben wir die Schließungen in den Häusern WAZ, Bauer und Lensing-Wolff in im Vest, in Gelsenkirchen, Bottrop und Gladbeck verdaut und über die Wahrscheinlichkeit von Absprachen unter den Medienhäusern spekuliert, haben soeben mit massivem Protest die Rauschmiss-Orgie bei Lensings „Münstersche Zeitung“ begleitet - rumms, da trifft's die taz mit ihrer ambitionierten NRW-Ausgabe. Und Uwe Knüpfers „Der-WAZ-zeig'-ich's-jetzt-mal“-Versuchsballon „onruhr“ ist auch schon wieder platt. „Eingefroren“ heißt es offiziell bei Knüpfer, bewusst wird die finale Vokabel „eingestellt“ bei Knüpfers pdf-Online-Zeitung noch vermieden. Noch.

Das sogar fast ohne Vorschusslorbeeren an den Start gegangene „onruhr“ war meiner Meinung nach ein Experiment mit ungewissem Ausgang. Es gibt Stimmen im Weltweitnetz, die geben pdf-basierten Online-Medien gar keine Chance, Knüpfer & Co. haben's trotzdem versucht. Und sind offensichtlich an der blauäugig geplanten Finanzierung gescheitert. Und vielleicht daran, dass es für diesen Dienst im Ruhrgebiet gar keinen Bedarf gab.

Jedenfalls sind bei „onruhr“ journalistische Kapazitäten verbrannt worden, KollegInnen haben sich in die Gefahr der Unwägbarkeit begeben und kommen nun darin um. Haben sich wohl mehr selbst ausgebeutet denn ausbeuten lassen. War die „taz NRW“ auch so ein risikoreiches Vabanquespiel? Gut zehn Jahre durfte hier immerhin bewiesen werden, dass NRW eine (links-) Alternative u.a. zur WAZ, Rheinische Post und all' den Lensing- und Ippen-Blättern braucht.

Dann ließen sich die herausgebende taz-Genossenschaft auch auf ein finanzielles Risikospielein - die Verluste der „taz NRW“ wie die der übrigen Regionalausgaben sollten aus den Erlösen eines Abschreibungsmodells ausgeglichen werden. Schade, dass gleich zwei Bundesregierungen dieses Steuerschlupfloch stopften. Diese Form der Querfinanzierung, die einer linksalternativen Genossenschaft auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen mehr als unwürdig erscheinen sollte, platzte. Alternativen waren gar nicht erst entwickelt worden.

In Hamburg wurden gleich elf taz'ler „betriebsbedingt“ entlassen, so als wäre die taz weder links noch alternativ noch eine Genossenschaft. Dann schossen sich Aufsichtsrat und Geschäftsführung in Berlin auf NRW ein. Insider mei-

nen, mindestens seit einem Jahr war das Ende der sich inhaltlich wie auflagenmäßig sehr gut entwickelnden taz in NRW in den Köpfen der Chefs beschlossene Sache. Konventioneller Kapitalismus: Was nur Kosten verursacht, muss weg. Dabei: Die taz-Genossenschaft hat keinen Cent für NRW ausgegeben, aufgezehrt wurde nur Geld aus dem Abschreibungsmodell, daraus zehren aber auch die Ausgaben Nord und Berlin.

Waren dann die taz NRW-Rettungskampagnen im Herbst '06 und die aktuelle im Frühsommer '07 nur Show? Wozu sollten die von existenzbedrohten RedakteurInnen und aufgeschreckten LeserInnen hektisch aquirierten Abos dienen? Allein zur Sicherung der Hauptausgabe, nehme ich an. Und zur Kompensation der drohenden Abo-Verluste bei Einstellung der NRW-Ausgabe. **Weiter S.2**

Inhalt

Rahmenvereinbarung zwischen WAZ und IJF
Seite 2

Feindliche Übernahme
Seite 3

Kritik am neuen Urheberrecht
Seite 4



Sie wollen das Papier mit Leben füllen: IJF-Generalsekretär Aidan White und WAZ-Geschäftsführer Bodo Hombach nach der Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung im WAZ-Druckhaus in Essen.

Foto:fbi

Interessante Initiative

IJF und WAZ rahmen sich

Essen. Es soll europaweit bei allen Zeitungstiteln der WAZ-Mediengruppe gelten, das Rahmenabkommen, das der Generalsekretär der Internationalen Journalistenföderation (IJF), Aidan White, und der Geschäftsführer der WAZ-Mediengruppe, Bodo Hombach, Anfang Juli in Essen unterzeichnet haben.

„Zur Verteidigung und Förderung von Pressefreiheit, Qualitätsjournalismus und guten Arbeitsbeziehungen in der WAZ-Mediengruppe“, heißt es auf dem Deckblatt des Rahmenabkommens, das, so Bodo Hombach, seine Wirkung vor allem in den Transformationsstaaten in Südosteuropa entfalten soll. Dort gibt die WAZ-Mediengruppe inzwischen 26 Zeitungstitel heraus, in Serbien, Ungarn, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Bulgarien und Rumänien. Aber natürlich, so erklärte Hombach auf Nachfrage, solle es auch für die deutschen Titel, also die WAZ, die NRZ, die Westfälische Rundschau, die Westfalenpost und alle weiteren Titel gelten.

Aidan White bezeichnete das Abkommen als „historisch“, es kennzeichne den Aufbruch zu einer neuen Partnerschaft, und sei geeignet neues Vertrauen in die Medien zu schaffen.

Die Einhaltung des Abkommens hat die WAZ weitgehend an die IJF delegiert. „Wir sind bereit, uns messen

zu lassen“, sagte Hombach, der keinen Hehl daraus machte, das ihm die Zusammenarbeit mit der IJF nicht leicht gefallen ist. „In der Vergangenheit hat sie unser Auftreten in Südosteuropa heftig kritisiert, und im Internet bei Wikipedia sogar als kapitalistisch und monopolistisch gebrandmarkt“, gab Hombach nicht ohne Süffisanz zu Protokoll. Gleichwohl zeigte sich sein nunmehriger Vertragspartner White optimistisch, dass sich die WAZ-Mediengruppe an das Abkommen halten werde.

Bei gemeinsamen Treffen zwischen Gewerkschaftsvertretern und Managern sollen die Ergebnisse überprüft und neue Entwicklungen besprochen werden. Nationale Unterausschüsse mit den Betriebsräten sollen diese Treffen vorbereiten. Und was am Ende des Prozesses herausgekommen soll, steht auch im Papier: „Ein Medienumfeld, das sicher, human und professionell ist... und hochwertige und ethische Medien und Informationsangebote“.

fbi

Fortsetzung Titelkommentar

Von einem möglichst hohen Abonnenten-Stamm aus zu verlieren, tut weniger weh. So passt es ins Bild: Übel aufgestoßen ist nicht nur der verzweifelt kämpfenden Redaktion in Düsseldorf das wirklich allerletzte Ansinnen der Geschäftsführung, die Ausgabe bis Ende August noch weiter erscheinen zu lassen und die JournalistInnen mit dem Argument der bedrohten Arbeitsplätze um noch mehr Abos betteln zu lassen. Schlecht, dass die Geschäftsführer mit dem „Aus“ nicht wenigstens bis September gewartet haben - dann wären sie aber Gefahr gelaufen, auf der Genossenschaftsversammlung zerrissen zu werden. Wer denkt denn da an eine absichtsvolle Terminplanung?

Die NRW-taz'ler hätten nie die erforderliche Anzahl neuer Leser beigebracht, dafür sorgt dann schon die krude Vertriebs-Mathematik in Berlin. Man rechnet ihnen ihre Abos einfach nicht als ihre an, sondern bucht sie fix in den Abotopf zum Erhalt der Hauptausgabe. So wurde nur jedes 10. NRW-Abo auch der taz NRW gutgeschrieben. So hart wird bei taz-zens kein anderes Ressort bilanziert, nicht die Nord-Ausgabe, nicht Berlin und schon gar nicht die Hauptausgabe.

Dass außer der taz kein anderes Medium in NRW diesen wahrlich exorbitanten Zuspruch verzeichnet und dass das vielleicht was mit der angebotenen Qualität der NRW-Ausgabe zu tun hat, zählt in Berlin wohl nicht. Kein Gedanke wird offenbar an politische, publizistische, journalistische Gründe für den Erhalt eines selten kritischen Mediums im publizistisch immer mehr verödenen Bundesland NRW verschwendet. Wie in den meisten Verlagshäusern an Rhein und Ruhr auch: Statt Verleger mit Visionen regieren Manager mit Bilanzen. Die dju NRW trauert zuerst um die verloren gehenden Arbeitsplätze, dann um die abermals gefährdete publizistische Vielfalt im Land. Und natürlich um die Verdienstmöglichkeiten für Freie.

Martin Krehl

(siehe auch: www.taz-ist-wahrer-luxus.de)



60 journalistische Arbeitsplätze bei IBau in Gefahr

Feindliche Übernahme

Münster. Man kann es schon die nackte Erpressung nennen, was sich aktuell unter dem Dach des traditionsreichen Bauinformationsdienstes IBau im 50. Jahr seines Bestehens abspielt. Nach mehreren Inhaberwechseln, u.a. von Bertelsmann zu Springer Baumedien, ist IBau am 29. März von dem auf die Informationsbranche spezialisierten Private Equity-Fond GMT aus London aufgekauft worden. Dem gehören bereits die beiden ärgsten Konkurrenten von IBau in Stuttgart und Traunstein. Nun passiert das, was aus kapitalistischer Logik passieren muss. Die Standorte und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden gegeneinander ausgespielt.

Auf einer Mitarbeiterversammlung Anfang Juli ließ die neue Geschäftsführung die erste Bombe platzen: Der gesamte Standort Münster müsse geschlossen werden, da der Betrieb im Vergleich zu den anderen Firmen zu unrentabel wirtschaftete. 170 Mitarbeiter wären in Münster von der Schließung betroffen gewesen, darunter fünfzig bis sechzig im weiteren Sinne journalistische Mitarbeiter, sogenannte Rechercheure.

Wenig später ruderte die Geschäftsführung dann gegenüber dem Betriebsrat etwas zurück. Über den Verbleib einzelner Unternehmensteile in Münster könne verhandelt werden, wenn die Mitarbeiter einzelvertraglich einer Verlängerung ihrer Arbeitszeit zustimmen und auf erhebliche Teile ihres Gehalts verzichten würden. So sollen etwa nach Vorstellungen der neuen Eigentümer die journalistischen Mitarbeiter auf 40 Prozent ihres Gehalts verzichten. Ihr Einkommen soll bei 30.000 Euro gedeckelt werden, mit einem variablen Einkommensanteil von 20 Prozent. Außerdem sind der neuen Geschäftsführung die Betriebsvereinbarungen, die der Betriebsrat mit der alten Firmenleitung abgeschlossen hatte, ein Dorn im Auge. Sie sollen mit einem Federstrich aus der Welt geschaffen werden. Die hauseigene Druckerei mit acht Mitarbeitern soll in jedem Fall geschlossen werden. Welche Mitarbeiter zu schlechteren Konditionen in Münster weiterarbeiten können, wer anderswo einen Arbeitsplatz angeboten bekommt oder komplett arbeitslos wird - all diese Fragen sind zur Zeit noch offen. **fbi**

Münstersche Zeitung

Betriebsrat bekommt Einigungsstelle

Münster. Der Betriebsrat der Münsterschen Zeitung bekommt eine Einigungsstelle. Dies hat am Donnerstag, 21. Juni, die 2. Kammer des Arbeitsgericht in Münster entschieden. In dieser Einigungsstelle soll ein Sozialplan für die seit dem 19. Januar freigestellten Redakteurinnen und Redakteure der Lokalredaktion zwischen der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat ausgehandelt werden. Bisher hatte es nur einzelvertragliche Regelungen zwischen der MZ und den betroffenen Kolleginnen und Kollegen gegeben. Nach eigenen Angaben hat sich das Medienhaus Lensing, zu dem die Mün-

stersche Zeitung gehört, die Trennung von der gesamten Lokalredaktion bislang zwei Millionen Euro kosten lassen. Der Betriebsrat will jetzt noch bessere und sozial abgestimmte Regelungen erreichen und eine Aufstockung des Fonds für Fortbildungsmaßnahmen. Den Vorsitz der Einigungsstelle soll der Richter am Bundesarbeitsgericht Horst Dieter Krasshöfer übernehmen.

Gegen diese Entscheidung des Arbeitsgerichts kann der Dortmunder Verleger Lambert Lensing-Wolff noch Beschwerde einlegen lassen. (Akz.: 2 BV 9/07) **fbi**

Landesbezirk NRW

Helga Becker geht

Düsseldorf. 1990, noch bei der alten IG Medien, hat sie ihren Job bei Gewerkschaftens aufgenommen, jetzt, mit 57 Jahren geht Helga Becker unter der roten ver.di-Flagge in den Ruhestand. Zuletzt hat sich die langjährige Mitarbeiterin der NRW-Mediensekretärin Jutta Klebon vor allem um die Ausstellung der Presseausweise gekümmert. Und, wenn ihr die Zeit dafür blieb, hartnäckig und immer den neuesten Duden auf dem Schreibtisch, den dju-NRW-Newsletter Korrektur gelesen. Am Ende ihres Berufslebens musste die gebürtige Kölnerin auch noch den Umzug des Fachbereichs Medien von Köln nach Düsseldorf mitmachen. Was sie mit dem ihr eigenen Humor löste. Auf ihrem PC klebte auf der „alt“-Taste ein „Kölsch“-Zettel.

Die dju NRW dankt ganz herzlich für die geleistete Arbeit und wünscht angenehme Tage im Ruhestand. **fbi**

VG Bildkunst

Osthues folgt Zint

Bonn/Münster. Auf der Mitgliederversammlung der VG Bild/Kunst ist Angelika Osthues (Münster) aus dem geschäftsführenden Vorstand der dju NRW in Nachfolge von Günter Zint als Stellvertreterin in den Verwaltungsrat der VG Bild/ Kunst gewählt worden. Udo Milbret wurde ebenfalls in das Gremium gewählt.

Ruhr 2010

Rüther vermarktet die Ruhr

Essen. Seit dem 1. Juni ist Dr. Daniela Rüther für Marketing und Kommunikation der Ruhr 2010 verantwortlich. Die 43-jährige gebürtige Duisburgerin leitete u.a. auch die Kommunikation der NRW-Medieninitiative „e-initiative.nrw“, war Referentin für Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Duisburg und baute die PR für die Musicalpremierproduktion Les Misérables auf. Zuletzt arbeitete sie für die acoreus AG in Düsseldorf.



Köln. Zu einem munteren und lebendigen Informationsgespräch trafen sich Ende Juni im WDR-Funkhaus am Wallraffplatz VertreterInnen der dju NRW mit einer 15köpfigen Gruppe von WirtschaftsjournalistInnen aus Asien und Afrika, die ihren Weiterbildungsaufenthalt in Deutschland von der Carl-Duisberg-Stiftung finanziert bekommen. Die Kolleginnen und Kollegen aus Indonesien, Pakistan, Uganda, Nigeria, Ghana, Tansania und dem Kongo hatten zahlreiche interessierte Fragen an die ver.di-Mediensekretärin Jutta Klebon, Angelika Osthues und Frank Biermann vom geschäftsführenden Vorstand der dju NRW und den Kollegen Johannes Duhlow vom WDR. Hannelore Hippe übersetzte. Foto:fbi

ver.di Kritik an der Reform des Urheberrechts

4 Eingriff in die Rechte der Kreativen

Berlin. Als „Eingriff in die Rechte und Einkommensgrundlagen der kreativ Tätigen in Deutschland“ bezeichnete der stellvertretende ver.di-Chef Frank Werneke den Bundestagsbeschluss zum „Zweiten Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft“. ver.di als Interessenvertretung von rund 60.000 Urhebern hatte - gemeinsam mit zahlreichen weiteren Urheberorganisationen - das Gesetzgebungsverfahren begleitet. So konnten im Laufe der parlamentarischen Beratung einige Verbesserungen gegenüber dem ursprünglich erheblich urheberfeindlicheren Regierungsentwurf durchgesetzt werden. Immerhin sei nun die direkte Koppelung der Vergütung für Privatkopien an die rapide fallenden Preise für Geräte und Speichermedien gestrichen - ebenso wie die Einstiegsschwelle für die Gerätevergütung bei zehn Prozent Nutzung für urheberrechtlich relevante Kopien.

Die Tendenz, Urhebervergütungen zu begrenzen oder abzusenken, sei dennoch eingeflossen: Die Vergütungen sollen „in einem wirtschaftlich

angemessenen Verhältnis zum Preisniveau des Geräts oder des Speichermediums stehen“. Das führe dazu, dass sie fallen könnten, wie auch die Preise - zum Beispiel bei CDs auf weniger als ein Sechstel seit 2001. So behandle die Regierung die „Kreativität und den Erfindungsreichtum der Menschen“, was im Koalitionsvertrag noch als „Deutschlands Kapital für die Zukunft“ bezeichnet wurde. „Den Kreativen soll ins Portmonee gegriffen werden, das ist wenig zukunftssträftig“, stellte Werneke fest.

Besonders enttäuscht zeigte sich der ver.di-Vize über die Entscheidung zum Umgang mit den unbekanntem Nutzungsarten: Über Formularverträge sollen Urhebern - zum Nachteil vor allem der Filmurheber - auch die Rechte „abgepresst“ werden können, die sie noch nicht einmal kennen. Dadurch werde die seit 1966 geltende Schutzbestimmung rückwirkend ins Gegenteil verkehrt. Wer nicht binnen Jahresfrist widerspreche, verliere seine Rechte.

Im September

Klausur der Tarifkommission

Berlin. Zu einer dreitägigen Klausurtagung trifft sich Abfang September die Tarifkommission der dju in der ver.di-Bildungsstätte Clara Sahlberg am Wannsee. Die Klausur soll nicht nur dem Erfahrungs- und Ideenaustausch alter und neu hinzu gewählter Mitglieder dienen, am Ende der Klausur soll eine Antwort auf die sicher nicht ganz einfach zu beantwortende Frage „Wie sieht die dju-Tarifpolitik der Zukunft aus?“ gefunden worden sein.

EU-Berichterstattung

Wirtschaftsthemen dominieren

Dortmund (idr). Die Europäische Union erscheint in den Medien vor allem als Wirtschaftsgemeinschaft und nicht Wertegemeinschaft. Zu diesem Ergebnis kommt die Elf-Länder-Studie zur Europaberichterstattung, die vom Erich-Brost-Institut für internationalen Journalismus in Europa an der Universität Dortmund koordiniert wurde.

46 Prozent der untersuchten Berichte über die EU in den europäischen Medien beschäftigten sich mit Wirtschaftsthemen, in Deutschland sogar knapp über 50 Prozent. Themen wie Soziales, Kultur und Wissenschaft und humanitäre Fragen machen jeweils nur vier bis fünf Prozent der Berichterstattung aus.

Impressum:

Herausgeber: Landesvorstand der dju in ver.di NRW.
 Verantwortlich (V.i.S.d.P.): Willi Vogt, Karlstr. 123 - 127, 40 210 Düsseldorf
 Redaktion und Produktion:
 Dr. Frank Biermann (fbi) (drfrankbiermann@gmx.de)
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder
 eMail: Jutta.Klebon@verdi.de